PFREUNDSCHUH
in Heidelberg

GERHARD PFREUNDSCHUH

# Der Bürgerstaat

## 2 Der Parteienstaat in der Sackgasse

Heidelberg 2021

Copyright © 2021 Gerhard Pfreundschuh

**Die einzelnen Abschnitte können kapitelweise und kostenlos als PDF-Dateien heruntergeladen werden.**

**Das Urheberrecht gilt insoweit, dass Zitate und Auszüge als solche gekennzeichnet werden müssen. Es ist also eine genaue Quellenangabe erforderlich.**

**Das Recht der Übersetzung in fremde Sprachen bleibt vorbehalten und beim Autor.**

**https://pfreundschuh-heidelberg.de/downloads/der-buergerstaat/der-buergerstaat-kapitel-2.pdf**

# Inhalt

2. Der Parteienstaat in der Sackgasse ……..……..31

2.1 Ohnmacht bei der äußeren Sicherheit…….……..……..32

2.2 Ohnmacht bei der inneren Sicherheit.…….34

2.3 Abbau des Rechtsstaats.…….……..37

2.4 Armut – Prekariat – Proletariat……..……41

2.5 Der Aufstand der Bürger……..……..45

## 2. Der Parteienstaat in der Sackgasse

*Die Lagebeurteilung zeigt: Der Parteienstaat steckt in der Sackgasse. Die uralten, ureigensten Aufgaben jeder Herrschaft, jedes Staates kann er nicht mehr erfüllen: Schutz und Sicherheit nach außen und innen. „Wir sollen den Herren dienen, dass sie uns beschirmen. Beschirmen sie uns nicht, so sind wir ihnen keinen Dienst schuldig nach dem Recht."*[89]

*Die Bundeswehr ist ausgezehrt, die Polizei völlig überfordert. Die Justiz beklagt „Das Ende der Gerechtigkeit"; der Vollzug wird undurchführbar.* [90]

*So erleben wir den Abbau des Rechtsstaats. Voßkuhle, Präsident des Bundeverfassungsgerichts (BVerfG), meinte 2016, in den vergangen fünf Jahren sei „eine Sensibilität eingetreten dafür, dass man rechtliche Regelungen nicht immer durchsetzen kann" und „Verträge weit ausgelegt werden".*[91] *Außerdem wird die Rechtsetzung den Bürgern und den Parlamenten entzogen, auf die EU und anonyme überstaatliche „Vertragsgremien" übertragen. Recht und Demokratie werden aufgelöst. Trotzdem steht über jedem Gerichtsurteil: „Im Namen des Volkes"*

*Dazu breiten sich Verarmung, Prekariat und Proletarisierung aus. Seit Beginn der Neuzeit (1500 n. Chr.) hatte der landesherrliche Staat eine weitere wichtige Aufgabe: die Herstellung der allgemeinen Wohlfahrt, die Verbesserung der Verhältnisse für Land und Leute. Heute erleben wir die Entwicklung zur Zwei-Drittel-Gesellschaft (Peter Glotz SPD). Ein Drittel soll wirtschaftlich nicht mehr gebraucht und zum Prekariat werden, d.h. dauerhaft in wirtschaftlich unsicheren (prekären) Verhältnissen leben. Durch den Ansturm auf unsere Grenzen sowie völlig überforderte Schulen werden es immer mehr. Die Spaltung nimmt bedrohlich zu.*

*Das führt zum Aufstand der Bürger und zur Krise der Volksparteien. In Österreich und dann in Frankreich kamen deren Vertreter 2016 / 17 nicht mehr in die Stichwahl für das Amt des Staatspräsidenten. Auch die Wahl von Donald Trump zum 45. Präsidenten der USA und der Brexit sind Beispiele für Bürgeraufstände gegen die politische Klasse.*

---

[89] So schon im Schwabenspiegel 1275/76, mit dem Sachsenspiegel das mittelalterliche Rechtsbuch.
[90] Jens Gnisa, Das Ende der Gerechtigkeit, Freiburg i. Br. 2017; damals Vorsitzender des Richterbunds
[91] Deutschlandfunk 20.01.2016. Gemeint waren u.a. die Kontrolle der Grenzen und die Missachtung der EU-Verträge zur Währungsunion.

## 2.1 Ohnmacht bei der äußeren Sicherheit

Die Ohnmacht des Parteienstaats beginnt damit, dass die Regierung nach eigenen Aussagen nicht mehr unsere Außengrenzen sichern kann.

Es war verantwortungslos, die Bundeswehr zur Landesverteidigung unfähig zu machen. Der Altbundeskanzler Helmut Schmidt sagte schon 2011 in einem Interview mit der „Zeit“:

> „Ich halte es jedenfalls für einen Fehler, die Bundeswehr nicht vorwiegend unter Rücksicht auf die Verteidigung des eigenen Landes zu strukturieren, sondern mit Blick auf den Einsatz auf fremden Kontinenten. Es sollte nicht die wichtigste Aufgabe unserer Bundeswehr sein, sich jederzeit abrufbar, für fremde Kriege verfügbar zu halten.“[92]

Erst als Krieg und Krisen auf der Krim und in der Ukraine ausbrachen, erkannten die kurzsichtigen Tagespolitiker, die Unfähigkeit der Bundeswehr zur Landes- und Europaverteidigung. Selbst bei der deutsch-französischen Brigade in Mühlheim, einem Lieblingskind der Politiker, bestehen die deutschen Einheiten oft nur aus Karteikarten. Kenner wissen, das Ende der Wehrpflicht führte zum Personalnotstand.

Seit Jahren unterbleiben die notwendigen Ersatzbeschaffungen. Über die Hälfte aller Kampfflugzeuge ist nicht einsatzfähig. Wenn z.B. in einer Hubschrauberstaffel ein Ersatzteil gebraucht wird, muss ein anderes, einsatzfähiges Flugzeug ausgeschlachtet werden. Die Beispiele ließen sich endlos fortsetzen. Das kennt jeder Soldat oder wer mit Soldaten spricht.[93]

Dabei ist der Grenzschutz überall auf der Welt, und zwar bis heute die erste Schutzaufgabe eines Staates. Henry Kissinger (geb. 1923), ehemaliger US-Außenminister, stellte 2016 erstaunt fest: *„Wir beobachten in Europa ein sehr seltenes historisches Ereignis: Eine Region verteidigt ihre Außengrenzen nicht, sondern öffnet sie stattdessen. Das hat es seit einigen tausend Jahren nicht gegeben."*[94]

Die endgültige Bankrotterklärung verkündete die Bundesregierung im September 2015 (!). Es wurde uns gesagt, die Sicherung der Grenzen

---

[92] Die „Zeit“, 13.02.2011

[93] Gute, vertiefte Darstellung: Richard Drexl / Josef Kraus, Nicht einmal bedingt abwehrbereit – Die Bundeswehr in der Krise, München 2021 (1. Aufl. 2019 – Die Bundeswehr zwischen Elitetruppe und Reformruine)

[94] Die „Welt“, 02.01.2016

sei unmöglich. Das stimmt aber nicht. „Die Zurückweisung von Flüchtlingen wurde in der Großen Koalition vereinbart. Der entsprechende Befehl für die Bundespolizei war schon gegeben.“[95] Das war am Samstag, dem 12.September 2015. Robin Alexander schildert diese Vorgänge genau.[96]

Ankömmlinge ohne notwendige Papiere (Pässe, Visa) sollten „auch im Falle eines Asylgesuches“ zurückgewiesen werden. Sie kamen aus Österreich, einem sicheren Land, hatten gem. Art. 16 a II GG kein Recht auf Asyl. Dafür wurden in der Nacht zum Sonntag Polizeibeamte aus ganz Deutschland an die deutsch-österreichische Grenze beordert. Um sie zu transportieren, wurden Busse und sogar Hubschrauber eingesetzt.

In letzter Minute hat die Kanzlerin den Einsatz abgeblasen. Angeblich waren es rechtliche Bedenken. Außerdem habe ihr niemand garantieren können, dass es an der Grenze keine öffentlich schwer vermittelbaren Bilder vom Einsatz gegen Flüchtlinge gebe.[97]

Später wurden das Asylrecht des Grundgesetzes und die Genfer Konvention vorgeschoben. Wir werden unter „4.3 Der Rechtsstaat“ zeigen, dass beides einer Grenzsicherung nicht im Weg steht.

Der Ex-BND-Chef August Hanning[98] hat 2017, zwei Jahre nach der Flüchtlingskrise eine ernüchterte Bilanz gezogen. „Jeden Monat kommen zurzeit circa 15.000 Migranten zu uns, von denen wir zum großen Teil nicht wissen, wer sie sind und ob sie eine kriminelle oder terroristische Vergangenheit haben. … So viele Leute ohne Identitätskontrolle ins Land zu lassen, ist unter Sicherheitsaspekten grob fahrlässig. Zwischen innerer Sicherheit und einer effizienten Kontrolle von Außengrenzen besteht ein unauflöslicher Zusammenhang. … Die Vielzahl an Anschlägen und Anschlagsversuchen zeigt, wie angespannt die Lage in Deutschland ist. … Unsere Sicherheitsarchitektur muss dringend verbessert werden, sonst droht es für uns in Deutschland künftig sehr ungemütlich zu werden.“[99] Auch dem Sozialsystem droht so das Aus.

---

[95] Welt, 05.03.2017
[96] Robin Alexander, Die Getriebenen - Merkel und die Flüchtlingspolitik: Report aus dem Innern der Macht, München 2017
[97] Sorgfältig recherchiert und dargestellt bei: Robin Alexander, Die Getriebenen, München 2017
[98] August Hanning leitete 1998 bis 2005 den BND [Bundesnachrichtendienst] und war dann bis 2009 Innenstaatssekretär
[99] Welt, 31.12.2017 https://www.welt.de/politik/deutschland/article172054738/Ex-BND-Chef-ueber-Migranten-Zum-grossen-Teil-wissen-wir-nicht-wer-sie-sind.html?campaign_id=A100

## 2.2 Ohnmacht bei der inneren Sicherheit

Gabor Steingart gab am 16.05.2019 den neuen Lagebericht:

> „Stunde der Wahrheit in Nordrhein-Westfalen: In nüchternem Ton offenbarte Innenminister Herbert Reul von der CDU erstmals eine Unglaublichkeit. In Sachen Clan-Kriminalität habe der Staat weggeschaut: „Jahrelang wurden die Hinweise der Bürger, aber auch aus Polizeikreisen geflissentlich ignoriert."
>
> Nun, da man sich zum Ende der Ignoranz entschlossen hat, ergibt sich ein kriminalistisches Lagebild, das problemlos als Drehbuch für einen AfD-Wahlspot taugen könnte:
>
> - 104 Großfamilien in NRW waren in den vergangenen zwei Jahren für 14.225 Straftaten verantwortlich.
> - Den 104 beteiligten Clans werden 6.449 tatverdächtige Personen zugeordnet. Das Alter von 380 Intensivtätern liegt mehrheitlich zwischen 14 und 26 Jahren.
> - Über ein Drittel der Straftaten waren Rohheitsdelikte – Bedrohung, Nötigung, Raub oder gefährliche Körperverletzung. Morde gab es auch.
>
> Kleinlaut räumte der Minister ein: „Wir haben es hier nicht mit Eierdieben und Tabakschmugglern zu tun." Mit dem staatlichen Wegschauen solle jetzt Schluss sein: „Bei uns gilt nicht das Gesetz des Clans, sondern das Gesetz des Staates."
>
> Doch aus Erfahrung wissen wir: Gefahr erkannt, bedeutet nicht Gefahr gebannt. Nur ungeübte Ohren halten das Stimmen der Instrumente schon für die Musik.“[100]

In Berlin ist es fast schon so weit wie in französischen Vorstädten und Städten (z.B. Nantes) mit überwiegend außereuropäischer Bevölkerung. Dort kommt es immer wieder zu Tage langen bürgerkriegsähnlichen Aufständen. Gegen Kriminalität und Gewalt ist die total überforderte Polizei machtlos.[101] In Mittelengland ist es ähnlich.

*Thomas Siegmund*, Leiter des Hauptstadtbüros Handelsblatt, hat 2017 das Buch veröffentlicht: „Allein unter Feinden? Was der Staat für unsere Sicherheit tut – und was nicht“.[102] Es zeigt, wie angesichts von zunehmender Gewalt und Terror, von offenen Grenzen und Migrationsströmen, Internetkriminalität und Cyberwar unser Staat völlig versagt. *Jens Gnisa*, der Vorsitzende des Richterbundes, hat das sehr lesenswerte Buch „Das Ende der Gerechtigkeit“ veröffentlicht.[103] Es

---

[100] Gabor Steingart, Morning Briefing, 16.05.2019
[101] http://plus.faz.net/faz-plus/politik/2018-07-05/de40e1d5b15cf7d6dee670cc8cbcaba1?GEPC=s9
FAZ (Frankfurter Allgemeine Zeitung), 05.07. 2018
[102] Thomas Siegmund, Allein unter Feinden? Freiburg i. Br. 2017
[103] Jens Gnisa, Das Ende der Gerechtigkeit, Freiburg i. Br. 2017

wurde anerkennend und zustimmend im Handelsblatt besprochen.[104] Er zeigt, wie die seit Jahren zunehmende Personalnot die Rechtsprechung und den Rechtsvollzug lahmlegen.

Der Berliner Polizei droht, die Einsatzfähigkeit zu verlieren und Teil eines mafiosen Systems zu werden. Das zeigte die Aufdeckung von Vorgängen bei der Berliner Polizeischule. Alle seriösen Zeitungen berichteten darüber, doch die Parteipolitiker sitzen das alles weiter aus. Die Berliner Polizei will ganz multikulturell werden; sie soll auch bei Einwohnern mit außereuropäischen Wurzeln gut ankommen. Doch plötzlich kamen Notrufe aus der Berliner Polizeiakademie. Dort bildeten sich Clans, die Polizei werde von Kriminellen unterwandert und lahmgelegt.[105] Das erinnert an die kriminellsten Bananenrepubliken, wo die Polizei ein Teil der Mafia ist.

Und 2018 lesen wir, dass drei Jahre lang Bundeskriminalamt (BKA) und sechs Landeskriminalämter deutschlandweit gegen die armenische Mafia ermittelt haben.[106] Das geht aus dem vertraulichen Abschlussbericht des Fatil-Projekts[107] hervor, der dem SPIEGEL und dem MDR vorliegt. Dabei handelt es sich um eines der größten Verfahren gegen die Organisierte Kriminalität (OK) in Deutschland. Doch es wurde keine Anklage erhoben. Laut Bericht sind die Gründe unter anderem fehlende technische Möglichkeiten der Überwachung, zu wenig Personal und die Zurückhaltung vieler Staatsanwaltschaften, Verfahren gegen OK-Gruppen einzuleiten. Die Staatsanwälte haben Angst!

Die Bundesländer haben mit „Reformen“ ihre Polizei vernachlässigt und ausgeblutet. Jetzt, da Einbrecherbanden bis ins letzte Dorf vordringen, ertönt ein großes Wehklagen. Mit staatlichen Zuschüssen sollen die Bürger ihre Wohnungen besser absichern. Wenn Polizisten fehlen, sollen einbruchsichere Fenster helfen.

Doch die Ursachen liegen tiefer und die Anfänge reichen weit zurück. So hat der Journalist Dagobert Lindlau schon 1987 das Buch „Der Mob,

---

[104] Handelsblatt, 03.03.2017

[105] http://www.focus.de/politik/deutschland/endlich-erfaehrt-die-bevoelkerung-mal-was-abgeht-polizist-zu-skandalen-in-berlin-unfassbar-wie-alles-untern-teppich-gekehrt-wird_id_7881937.html / http://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_82627038/union-fordert-aufklaerung-im-skandal-an-berliner-polizeischule.html / http://m.spiegel.de/politik/deutschland/zuwanderung-und-kriminalitaet-pass-verlegt-aufenthalt-garantiert-a-1177180.html - letztmals abgerufen 16.08.2021

[106] Spiegel, 02.11.2018 - https://www.spiegel.de/panorama/justiz/bundeskriminalamt-bundesweite-ermittlungen-gegen-armenische-mafia-a-1236455.html - letztmals abgerufen: 10.10.2021

[107] Fatil: "Fight against thieves in law"

Recherchen zum organisierten Verbrechen“ geschrieben.[108] Es war damals ein Bestseller. Folgen hatte die alarmierende Veröffentlichung nicht. Im Gegenteil, es wurde seither stetig schlimmer.

Etwas später, 1993 schrieb der bekannte Alt-Linke und Neomarxist Hans Magnus Enzensberger das Büchlein „Aussichten auf den Bürgerkrieg“[109] Die Lage sah er dramatisch. Ihn schreckten die linken Autonomen von Berlin-Kreuzberg (S. 20, 54) und die Rechtsradikalen von Hoyerswerda (S. 26 f). Mehr noch:

> „In Wirklichkeit hat der Bürgerkrieg längst in den Metropolen Einzug gehalten. Seine Metastasen gehören zum Alltag der großen Städte, nicht nur in Lima und Johannesburg, in Bombay und Rio, sondern auch in Paris und Berlin, in Detroit und Birmingham, in Mailand und Hamburg. … Wir machen uns etwas vor, wenn wir glauben, es herrsche Frieden, nur weil wir immer noch unsere Brötchen holen können, ohne von Heckenschützen abgeknallt zu werden.“[110]

> „Der Anfang ist unblutig, die Indizien sind harmlos. … Allmählich mehrt sich der Müll am Straßenrand. Im Park häufen sich Spritzen und zerbrochene Bierflaschen. An den Wänden tauchen monotone Graffiti auf, deren einzige Botschaft ist: sie beschwören ein Ich, das nicht mehr vorhanden ist. Im Schulzimmer werden die Möbel zertrümmert, in den Vorgärten stinkt es nach Scheiße und Urin. Es handelt sich um winzige, stumme Kriegserklärungen, die der erfahrenen Stadtbewohner zu deuten weiß.“ (S. 51 f)

Aus den Pariser Vorstädten weiß er zu berichten:

> „Sie haben schon alles kaputtgemacht, die Briefkästen, die Türen, die Treppenhäuser. Die Poliklinik, wo ihre kleinen Brüder und Schwestern gratis behandelt werden, haben sie demoliert und geplündert. Sie erkennen keinerlei Regeln an. Sie schlagen Arzt- und Zahnarztpraxen kurz und klein und zerstören Schulen. Wenn man ihnen einen Fußballplatz einrichtet, sägen sie die Torpfosten ab.“ (S. 32)[111]

Was Politiker seit den 1980er Jahren wissen und beenden sollten, stand 2018 endlich auch auf der Titelseite der Bild-Zeitung: „Der Staat setzt das Recht nicht mehr durch – Dieselskandal, Clans, Migration“[112] Gegen Kriminalität und Gewalt ist die total überforderte Polizei machtlos

---

[108] Dagobert Lindlau, Der Mob, Hamburg 1987
[109] Hans Magnus Enzensberger, Aussichten auf den Bürgerkrieg, Frankfurt /M. 1993
[110] Enzensberger, a.a.O., S. 18 f.
[111] Enzensberger zitiert hier den Bericht eines französischen Sozialarbeiters.
[112] Bild, 05.11.2018

(FAZ).[113] Heute zählen die Sicherheitsbehörden 28.000 Islamisten im Land.[114]

Kommen wir zum **Ergebnis**: Immer öfter ist zu hören, die Demokratie und der Rechtsstaat seine eben systembedingt unfähig, die Bürger zu schützen. Es wird der Parteienstaat mit Demokratie und Rechtsstaat gleichgesetzt; und es wird mit diktatorischen Verhältnissen geliebäugelt. Das ist falsch und gefährlich. Dadurch wären all unsere Werte samt einem sicheren, wehrhaften Rechtsstaat bedroht und ein Bürgerstaat unmöglich. Damit kommen wir zum nächsten großen Politikversagen.

## 2.3 Abbau des Rechtsstaats

Der Abbau des Rechtsstaats erfolgt auf drei Ebenen:

1. Innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten, und zwar nicht nur im östlichen Mitteleuropa (Polen, Ungarn);
2. Bei der EU und EZB durch Missachtung der EU-Verträge, was einem Bruch von Verfassungsrecht gleichkommt;
3. Durch Verlagerung von Hoheitsrechten von der EU auf anonyme internationale Beschlussorgane (z.B. CETA-Ausschüsse).

*Zu 1.)* Besonders offen und für jeden sichtbar hat sich die Kanzlerin Angela Merkel mit der Öffnung der Grenzen über geltendes Recht und das Grundgesetz hinweg gesetzt. Zudem ist die Gewaltenteilung zwischen Parlament, Regierung, Rechtsprechung im Parteienstaat ausgehebelt. Das wird im Abschnitt „7.2 Die Staatsgewalt“ im Einzelnen und samt der Folgen aufgezeigt.

*Zu 2.)* Die Europäische Zentralbank verletzt mit ihrer Politik der Finanzierung von Staatsschulden und mit der Schuldenüberwälzung von Süd- auf Nordeuropa ständig geltendes EU-Vertragsrecht, was seit langem u.a. Hans Werner Sinn, bekannter Wirtschaftswissenschaftler, nachweist und brandmarkt.[115]

---

[113] http://plus.faz.net/faz-plus/politik/2018-07-05/de40e1d5b15cf7d6dee670cc8cbcaba1?GEPC=s9 Letztmals abgerufen 16.08.2021, FAZ (Frankfurter Allgemeine Zeitung), 05.07. 2018

[114] „Sie haben sich bereits radikalisiert oder stehen davor.“ loyal, Magazin für Sicherheitspolitik, 2/2021

[115] Hans-Werner Sinn, Der schwarze Juni – Brexit, Flüchtlingswelle, Euro-Desaster – wie die Neugründung Europas gelingt, Freiburg i. Br. 2016

Das wirkt zurück auf die Mitgliedsstaaten. Bei ihnen wird dem Volk und der Volksvertretung das uralte Steuerbewilligungsrecht, das Budgetrecht und damit sein „Königrecht“ jedes Parlaments entzogen.

Genau dazu wurde der Präsident des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG), Andreas Voßkuhle, am 20.01.2016 im Deutschlandfunk interviewt. Di Fabio [ehem. Verfassungsrichter] hatte der Regierung vorgeworfen, mit der Grenzöffnung für Flüchtlinge geltendes Recht zu brechen. Voßkuhle meinte dazu, in den vergangenen fünf Jahren sei „eine Sensibilität eingetreten dafür, dass man rechtliche Regelungen nicht immer durchsetzen kann“ und „Verträge weit ausgelegt“ werden.

Mit Verträgen waren die EU-Verträge von Maastricht und Lissabon gemeint. Gegen ihre Kernbestimmungen (keine Schuldenüberwälzung, keine Staatsschuldenfinanzierung) wird ständig verstoßen. Voßkuhle räumt ein, dies habe das Vertrauen in rechtsstaatliche Vereinbarungen relativiert. Doch er beschwichtigt;: er glaube dennoch nicht, man müsse deshalb „den Untergang des Abendlandes“ heraufbeschwören.“[116]

Genau das Gegenteil zu dieser Verharmlosung hat stattgefunden. Nicht das Abendland, aber die EU und unser Rechtsstaat wurden im Nerv getroffen. Es führte zu Ereignissen, die Hans-Werner Sinn in seinem Buch „Der schwarze Juni – Brexit, Flüchtlingswelle, Euro-Desaster“ für Europa und Deutschland alarmierend nennt.[117]

Im „schwarzen Juni 2016“ stimmte (1) die Mehrheit der Briten für den EU-Austritt, den Brexit (23.06.2016), und (2) das BVerfG verkündete das „Schuldenüberwälzungsurteil“, sogenanntes OMT-Urteil (21.06.2016).[118]

Mit diesem „Schuldenüberwälzungsurteil“. wurde das „Königsrecht jeder Volksvertretung“ ausgehebelt, das Recht des Bundestages über den Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben, mit Steuern und Schulden zu entscheiden. Das trifft den Kern jeder Demokratie und des Rechtsstaats.

Nicht mehr die Volksvertretung und damit zumindest mittelbar das Volk als Träger der Staatsgewalt, sondern die EZB entscheidet über riesige

---

[116] http://www.deutschlandfunk.de/verfassungsgerichtspraesident-vosskuhle-man-muss-das.1818.de.html?dram:article_id=342992

[117] Hans-Werner Sinn, Der schwarze Juni – Brexit, Flüchtlingswelle, Euro-Desaster – wie die Neugründung Europas gelingt, Freiburg i. Br. 2016

[118] OMT = Outright Monetary Transactions = offene monetäre Transaktionen (Überwälzungen). BVerfG, Urteil vom 21.06.2016

Geld- und Haftungsmengen, die den deutschen Steuerzahler treffen. Altgediente Verfassungsrichter wie Paul Kirchhof, Udo di Fabio und Hans-Jürgen Papier appellierten an das höchste deutsche Gericht, nicht das „Kronjuwel des Parlaments“ zu beseitigen und riefen: „Hände weg vom Grundgesetz“.[119] Art. 20 IV GG bestimmt: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“

Notfalls sei Deutschland zum Euro-Austritt verpflichtet. Denn es wird der Wesensgehalt des Art. 20 Grundgesetz angetastet: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

> „Eine das Demokratieprinzip und das Wahlrecht zum Deutschen Bundestag in seinem substanziellen Bestimmungsgehalt verletzende Übertragung des Budgetrechts des Bundestags läge vor, wenn die Festlegung über Art und Höhe der den Bürger treffenden Abgaben in wesentlichem Umfang supranationalisiert würde. Der Deutsche Bundestag muss dem Volk gegenüber verantwortlich über die Summe der Belastungen der Bürger entscheiden. Entsprechendes gilt für wesentliche Ausgaben des Staates.“ [120]

So hatte sogar das BVerfG selbst im Urteil vom 30.06.2009 entschieden. Doch mit Urteil vom 21.06.2016 hatte das BVerfG diese Rechtsprechung aufgegeben. Ein schwarzer Tag! Ganz zum Schluss wurde Voßkuhle doch noch mutig. Wir lesen dazu:

> „Einen Tag vor dem Ende seiner offiziellen Amtszeit als Präsident des Bundesverfassungsgerichts sprach Andreas Voßkuhle am Dienstag eines seiner weitreichendsten Urteile. „Erstmals in seiner Geschichte stellt das Bundesverfassungsgericht fest, dass Handlungen und Entscheidungen europäischer Organe offensichtlich nicht von der europäischen Kompetenzordnung gedeckt sind und daher in Deutschland keine Wirksamkeit entfalten können“, sagte er. Das Gericht entschied, dass die milliardenschweren Anleihekäufe der Europäischen Zentralbank (EZB) teilweise verfassungswidrig sind. … Mit dem Urteil setzten sich die Karlsruher Richter über den Europäischen Gerichtshof hinweg, dem sie eine Kompetenzüberschreitung attestierten. … Nach Einschätzung des CDU-Politikers Friedrich Merz offenbart dies ein tiefes Zerwürfnis.“[121]

Der Ausgang des EU-Verfassungskonflikts ist offen.

---

[119] zitiert nach Hans-Werner Sinn, Der schwarze Juni, a.a.O., S. 162 ff mit Fundstellennachweisen in den Fußnoten

[120] BVerfGE 2/08 Urteil vom 30.06.2009, zitiert nach H.-W. Sinn, Der schwarze Juni, a.a.O., S. 197

[121] Handelsblatt, 06.05.2020, Titelthema: „Karlsruhe bremst EZB“

Nun geht es aber weiter. Nach eindeutigem EU-Recht (Maastrichter Vertrag usw.) ist die Schuldenüberwälzung von einem Euroland auf das andere verboten. Wir sind keine Haftungsunion. Das war für den Deutschen Bundestag eine der Voraussetzungen, dem Maastrichter Vertrag mit Einführung des Euro zuzustimmen. Helmut Kohl verkündete damals mit Nachdruck dem „Hohen Haus“: „Nach der vertraglichen Regelung gibt es keine Haftung der Gemeinschaft für Verbindlichkeiten der Mitgliedstaaten und keine zusätzlichen Finanztransfers.“

So heißt es in Art. 125 I, 1 AEUV [= Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union]:

> „Haftungsausschlüsse – Die Union haftet nicht für die Verbindlichkeiten der Zentralregierungen, der regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften [usw.] … eines Mitgliedstaats und tritt nicht für derartige Verbindlichkeiten ein.“ Art. 124 I, 2 AEUV schließt dies Haftung wortgleich auch zwischen den Mitgliedsstaaten aus. Noch genauer ist Art. 123 I: „Überziehungs- oder andere Kreditfazilitäten bei der Europäischen Zentralbank oder den Zentralbanken der Mitgliedstaaten [für öffentliche Einrichtungen usw.] … sind ebenso verboten wie der unmittelbare Erwerb von Schuldtiteln von diesen durch die Europäische Zentralbank oder die nationalen Zentralbanken.“[122] –

Die EU-Verträge sind das europäische Verfassungsrecht. Doch wie sieht die Verfassungswirklichkeit aus? Bei der Anhörung des BVerfG zum Schuldenüberwälzungsurteil sagt das Mitglied des EZB-Direktoriums, der Luxemburger Mersch lapidar: *„Eine Währungsunion ist eine Haftungsgemeinschaft.“* Und Frau Lagarde, jetzt Präsidentin der EZB, sagte offen: *„Wir haben die Verträge gebrochen und den Euro gerettet.“*

Nun hoffen viele auf den EuGH. Wie dort entschieden wird, ist allgemein bekannt: immer zugunsten der EU, der EZB und des Zentralismus, obwohl in den EU-Verträgen das Gegenteil steht, d.h. ausdrücklich das Subsidiaritätsprinzip verankert ist. Auf den EuGH kann der EU-Bürger nicht hoffen.[123]

Hans-Werner Sinn weist darauf hin, dass beim EuGH jedes Land, ob groß oder klein, einen gleichberechtigt mitbestimmenden Richter stellt. „Gemessen an der Bevölkerungsgröße ist Deutschland dort schwächer

---

[122] Beck-Texte, Grundgesetz u.a., München 2017; auch Hans-Werner Sinn, Der schwarze Juni, a.a.O., S. 180

[123] Roman Herzog, Europa neu erfinden, a.a.O., S. 57, 93, 97, 136; Michael Sachs Grundgesetz, a.a.O., Art. 23 RdNr. 40 – kritische Stimmen zur zentralistischen Urteilspraxis des EuGH.

als jedes andere Land der EU repräsentiert."[124] Es hat sich eindeutig gezeigt, dass die Richter vor allem den Interessen ihrer Heimatländer verpflichtet sind. Und die wollen eigentlich alle Geld von Deutschland; und so fallen auch die Gerichtsurteile aus. Das Ergebnis: Die EZB darf alles, vor allem Staatsschulden von Krisenstaaten unbegrenzt finanzieren und die gesunden Staaten dafür unbegrenzt haften lassen.

Übrigens haben die USA und die Schweiz auch eine gemeinsame Währung. Doch jeder US-Bundesstaat und jeder Schweizer Kanton haftet für seine Schulden selbst, muss selbst dafür sorgen, dass die Einnahmen die Ausgaben decken, d.h. er geht notfalls in Konkurs. Wir leben mit der EZB und EU in einem Willkürsystem mit demokratisch nicht verantwortlichen Herrschern. Dieser Abbau des Rechtsstaats geht Hand in Hand mit der Ohnmacht des Parteienstaats.

*Zu 3.)* Doch es gibt ein weiteres ganz gefährliches Feld, auf dem der Abbau des Rechtsstaats und die Aushebelung der Demokratie stattfinden. Es ist die Verschiebung von Hoheitsrechten ins ***Völkerrecht.*** Völkerrechtliche Verträge wie CETA, TTIP oder TiSA übertragen Hoheitsrechte auf „Vertragsgremien" wie „Ausschüsse" oder Schiedsgerichte, was später bei „6.2.7 Aushebelung von Demokratie und Rechtsstaat" gezeigt wird. Die Staatsgewalt geht dann nicht mehr vom Volke aus. Kleinen, meist von Parteipolitikern und Lobbyisten beherrschten Gruppen gelingt die „Machtergreifung".[125] Dagegen waren die alten Landesherren und ihre Kabinette noch richtig menschenfreundlich. Denn für sie war Politik noch die „Verbesserung der Verhältnisse für Land und Leute".

## 2.4 Armut – Prekariat – Proletariat

Uralt sind die Aufgaben jeder Herrschaft, die äußere und innere Sicherheit sowie Recht und Gerechtigkeit zu gewähren. Doch seit dem Beginn der Neuzeit (ab 1500) ist eine weitere Aufgabe dazugekommen, nämlich die allgemeine Wohlfahrt, die Verbesserung der Verhältnisse für

[124] Hans-Werner Sinn; Der schwarze Juni, a. a. O., S. 56

[125] Sehr genau und gut: Wolfgang Weiß, Kann Freihandel Demokratie und Rechtsstaat gefährden? In: „Erosion von Demokratie und Rechtsstaat?" Beiträge auf der 17. Speyerer Demokratietagung vom 26. bis 27. Oktober 2017 an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, hg. von Hans Herbert von Arnim, Berlin 2018 (= Bd. 235 der Schriftenreihe der Universität Speyer)

Land und Leute zu betreiben.[126] Obwohl auch bei uns die Liberalen leidenschaftlich diesen väterlich bevormundenden „Wohlfahrtsstaat“ bekämpften, ist daraus der deutsche Sozialstaat entstanden.

Nach den Liberalen vereint sich eine Menschenmenge im Staat nicht mehr zu ihrer Sicherheit, Nutzen, Bequemlichkeit, Glückseligkeit (Wohlfahrtsidee), sondern nur des „Rechts“ wegen.[127] Kant formulierte es schärfer: „Ein Staat ist die Vereinigung einer Menge von Menschen unter Rechtsgesetzen.“ Das Prinzip der Glückseligkeit sei als Staatszweck völlig ungeeignet, da dem einen dies, dem anderen das behage.[128]

Diese Lehre konnte sich in Deutschland nie durchsetzen, das ältere Staatsverständnis blieb lebendig und wirksam. Wir sind ein Rechts- und ein Sozialstaat.[129] In der Nachkriegszeit hatten wir in Westdeutschland eine Entwicklung und eine Politik, die fast das Ziel „Mittelstand für alle“ erreichte. Das war u.a. Ludwig Erhard zu verdanken, der „Wohlstand für alle“ als politisch-strategisches Ziel verkündete und zielstrebig verfolgte.

Doch inzwischen erleben wir die Wende zur Zweidrittel-Gesellschaft. Danach soll ein Drittel der Bürger für die moderne Arbeitswelt zu dumm sein und dauerhaft in wirtschaftlich unsicheren (prekären) Verhältnissen leben müssen.[130] Daher wird dieses untere Drittel „Prekariat“ genannt, ein Ausdruck, der sich eingebürgert hat. Die Parteien führen ihn oft im Mund und fordern „soziale Gerechtigkeit“. Doch die erschöpft sich darin, zulasten des noch vorhandenen Mittelstands umzuverteilen und sein Abschmelzen zu beschleunigen. Das zeigt auch gut das Buch von Daniel Goffart „Das Ende der Mittelschicht“[131]

Armut und Prekariat führen zur Proletarisierung der Gesellschaft. Ein Prolet war im römischen Altertum ein Mensch, der nichts hatte außer Nachkommen und der untersten Klasse der Gesellschaft angehörte.[132]

---

[126] Hans Maier, Die ältere deutsche Staats- und Verwaltungslehre, München 1986
[127] G. Pfreundschuh, Entstehung und Merkmale des frühen Rechtsstaats, Speyer 1977, S. 104 mit Nachweisen
[128] Immanuel Kant, Über den Gemeinspruch, Ausgabe der Philosophischen Texte, hg. Ebbinghaus, Frankfurt, 1946, S. 45; ders., Grundlagen zur Metaphysik der Sitten (= Philosophische Bibliothek, Band 41), Hamburg 1952, S. 38 f
[129] Art. 20 I GG: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“
[130] Peter Glotz, Eine Kultur des Wandels schaffen, Speyerer Vorträge, Heft 29, Speyer 1994, S. 16
[131] Daniel Goffart, Das Ende der Mittelschicht, Abschied von einem deutschen Erfolgsmodell, München 2019
[132] proles (lat.) = Nachkomme, Sprössling

Daraus entstand seit dem Spätmittelalter der deutsche Ausdruck Pöbel. Die Kommunisten und Frühsozialisten wollten seit Anfang des 19. Jahrhundert die besitzlose Klasse nicht nur sammeln und an die Herrschaft bringen, sondern eine vollständig eigentums- und besitzlose, kurz kommunistische Gesellschaft. So wurde der Begriff idealisiert und zum politischen Schlachtruf: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“

Genau gegenteilig sahen es die Nicht-Sozialisten. Proletariat war mit dem Verlust von Kultur und Zivilisation verbunden. Der heimat- und eigentumslose Pöbel (Freiherr vom Stein) ist danach eine Gefahr für Staat und Gesellschaft. Proleten sind asozial. Die Proletarisierung der Gesellschaft führt zur kulturellen Umweltzerstörung. Wer nichts hat und nichts kann, wird meist bindungs- und haltlos, auch gewalttätig. Die zunehmende Gewalt, aber auch die starke Zunahme der seelischen (psychischen) Erkrankungen sind daraus folgende Alarmzeichen.

Wir führen die Verarmung, Prekarisierung oder Proletarisierung auf drei Ursachen zurück. Die ***erste Ursache*** ist die Umverteilung von unten nach oben durch den **Neoliberalismus** und seine globalen **Finanzmärkte**.[133] Dadurch werden nicht nur ein Drittel, sondern langfristig mehr als zwei Drittel der Gesellschaft in eine wirtschaftlich ungesicherte, prekäre Lage gedrängt. „Der Mittelstand schmilzt wie das Eis im Klimawandel.“[134] In den USA ist diese Entwicklung weiter fortgeschritten, was u.a. zum Triumph von Trump, dem 45. US-Präsidenten, führte.

Der bekannte Politologe Francis Fukuyama zeigt, dass im Musterland des Kapitalismus, den USA, es zu einem „massiven Anstieg der Ungleichheit“ gekommen ist: „1974 entfielen auf das reichste Prozent [1 %] der Haushalte 9 % des BIP (Bruttoinlandsprodukt); 2007 waren es schon 23,5 % [des BIP].“[135] Die Reichen werden immer reicher, das wissen wir. Dabei ist es ein Irrtum des Parteienstaats, wenn er glaubt mit Geld und Gesetzen allein die Wende herbeiführen zu können. Die Geschichte zeigt, dass dazu neue politische Ziele, neue Institutionen und Ordnungen nötig sind. Darauf muss sich unser Bemühen richten.

---

[133] vgl.: G. Pfreundschuh, Kampf der Wirtschaftssysteme, Heidelberg 2018, S. 22 ff „2.3 Folgen der Geldschöpfung ohne Wertschöpfung“

[134] http://der-buergerstaat.de/blog/2015/01/27/der-mittelstand-schmilzt-wie-das-eis-im-klimawandel/

[135] Fukuyama, Francis, Rettet die Mittelschicht! Cicero, Magazin für politische Kultur 2/2012, S. 64 f

Die ***zweite Ursache*** ist unserer einseitig theoretisch, schein-wissenschaftlich ausgerichtetes **Bildungssystem**. Nahezu ein Drittel der Jugendlichen kommt hier zu keinem mittleren Schulabschluss und zu keinem Berufsabschluss. Eine gute Darstellung dieses Ist-Standes, der seit Jahrzehnten unverändert herrscht, liefert die große „Denkschrift der Kommission ‚Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft' beim Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen".[136]

Dort heißt es schon 1995:

> „In den Ländern der Europäischen Union öffnet sich die Schere zwischen der Zahl jugendlicher Schulversager, die ihre Schulbildung ohne ausreichende Grundlagen für eine Eingliederung in das Erwachsenenleben verlassen haben – 20 bis 30 % eines Altersjahrgangs – und der zunehmenden Zahl von Jugendlichen mit höheren Bildungsabschlüssen. In Deutschland haben 10 bis 14 % der Beschäftigten unter 25 Jahren keine Berufsausbildung, häufig auch nicht den Hauptschulabschluss."[137]

In der Schweiz, Finnland, Taiwan u.a. haben 95 % der Jugendlichen den Abschluss der Sekundarstufe II.[138]

Nach dem „Zensus 2013" hatten sogar 26,6 % in Deutschland **keinen Berufsabschluss**. Damit sind wir bei der ***dritten Ursache*** für Armut, Prekariat und Proletariat in Deutschland. Wir haben schon seit der Gastarbeiterzeit eine **Armutseinwanderung**. Sie wird durch die jüngste Masseneinwanderung beschleunigt. Denn schon vor der Flüchtlingswelle von 2015/16 hatten im Jahr 2011 von den 1,5 Millionen Menschen zwischen 20 und 29 Jahren ohne Bildungsabschluss und ohne Besuch von Qualifizierungsmaßnahmen 46 % einen Migrationshintergrund.[139]

Auch die **Wohnungslosigkeit** nimmt zu. Im Vergleich zum Jahr 2014 hat sich die Zahl bis 2016 um 150 Prozent erhöht. In der „Zeit" lesen wir: 860.000 Obdachlose, davon 440.000 Flüchtlinge. Das ist eine große Armee von äußerst Armen. „Die Zuwanderung hat die Gesamtsituation dramatisch verschärft, ist aber keinesfalls alleinige Ursache der neuen

---

[136] Neuwied 1995, 350 Seiten

[137] Denkschrift der Kommission „Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft" beim Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Neuwied 1995 – MP in NRW war Johannes Rau (SPD) S. 49 f

[138] Schweizer Bildungsbericht 2014. Sekundarstufe II ist entweder Abitur oder Mittlere Reife mit einer abgeschlossenen Lehre. – Näheres dazu auch G. Pfreundschuh, Die Mittelschule – Kurzfassung, Abschnitt „Die Ergebnisse von 40 Jahren Bildungsreform", S. 13 ff.; ders., Soziale Volkswirtschaft, Abschnitt „Arbeit für alle", S. 143 ff

[139] Handelsblatt 26.04.2011; vgl. auch G. Pfreundschuh, Soziale Volkwirtschaft, a.a.O., S. 144

Wohnungsnot", sagte Thomas Specht, Geschäftsführer der BAG W [Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe].“[140]

Derzeit ist in allen drei Bereichen (Umverteilung nach oben, Bildung, Armutszuwanderung) keine Trendwende, sondern im Gegenteil eine Trendverstärkung festzustellen. Doch was verkünden uns die etablierten Parteien und allen voran Frau Merkel vor Wahlen? „Wir sehen einer sehr, sehr hoffnungsvollen Zukunft entgegen.“[141]

Es gibt ein weiteres Ärgernis. Uns wird ständig erzählt, die Deutschen gehörten zu den Reichsten der Welt. Das ist falsch. Im „Stern“ hieß es 2017: „Vermögensschock: Die Deutschen sind die armen Würstchen der EU. Der Welt-Reichtums-Report zeigt, wie arm die meisten Deutschen wirklich sind. Von den Ländern der alten EU liegt nur Portugal hinter Deutschland. In den meisten Ländern besitzen die Bürger mehr als doppelt so viel Vermögen wie hierzulande.“[142] – Ludwig Erhard muss sich im Grab umdrehen. Tatsächlich hatten (2014!) 28 % der Deutschen überhaupt kein Vermögen.[143] Das ist fast ein Drittel, womit wir wieder bei der 2/3-Gesellschaft sind.

Damit sind die ***soziale Sicherheit*** *und* ***der Sozialstaat*** in ihrem Bestand bedroht. Die Politiker sollten sich nicht wundern. Denn die Bürger wählen gemäß ihren Erwartungen, nicht aufgrund ihrer gegenwärtigen Lage.

## 2.5 Der Aufstand der Bürger

Inzwischen durchschauen immer mehr Bürger das Spiel. Sie sehen die Ohnmacht des Staats und das Politikversagen. Sie haben das Vertrauen in die Politiker verloren. Die Bürger merken auch, wie an vielen Stellen klamm heimlich die Steuerschraube angezogen wird. Immer mehr Sonderabgaben (z.B. Finanzierung von Energiewende, Klimaschutz) werden erfunden, um die Steuerlast scheinbar stabil zu halten.

---

[140] http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-11/wohnungslosigkeit-obdachlose-fluechtlinge-armut?utm_campaign=lesetipp&utm_content=zeitde_iospush_link_x&utm_medium=fix&utm_source=push_zonaudev_int&wt_zmc=fix.int.zonaudev.push.lesetipp.zeitde.iospush.link.x

[141] FAZ, 18.03.2017 (Hauptartikel auf der Titelseite)

[142] https://www.stern.de/wirtschaft/geld/vermoegensschock--die-deutschen-sind-die-armen-wuerstchen-der-eu-7780210.html?utm_campaign=&utm_source=email&utm_medium=mweb_sharing

[143] Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland (PDF) Markus M. Grabka, Christian Westermeier, in: DIW Wochenbericht Nr. 9.2014, S. 151–164.

Werden Steuern und Abgaben zusammengerechnet, dann hat Deutschland weltweit nach Belgien die höchste Abgabenquote und liegt mit 49,4 % deutlich über dem Durchschnitt der Industriestaaten (36%).[144] Doch die Eintreibung der Steuern und Abgaben ist in Deutschland bedingungsloser. Hier gelten kein Datenschutz, kein Bankgeheimnis u.ä. Wenn alle Straftaten genauso bekämpft würden, lebten wir sicherer.

Die Bürger sehen die Missstände. „Der Vorrat an Geduld auch der Geduldigsten geht zur Neige.“ (Gabor Steingart)

Da staunt dann die politische Klasse, und die Meinungsforscher irren sich wie beim Brexit oder den seinerzeitigen Wahlprognosen für Donald Trump. Der Populismus bis hin zur italienischen Clown-Partei der „Fünf Sterne“ wird beklagt. Doch dafür gibt es nachvollziehbare Gründe.

Wie oft in der Geschichte zu Umbruchzeiten, vor Reformationen oder Revolutionen warnen die Mächtigen vor „Volksverhetzern“ und „Ketzern“, inzwischen auch vor „Querdenkern“, die sie alle Populisten nennen. Gabor Steingart[145] hat in seinem Buch „Weltbeben“ gut das politische und wirtschaftliche Versagen der führenden Klassen analysiert.

Er stellt dar, wie wichtige Tatsachen tabuisiert und den Bürgern schöne Märchen erzählt werden. „Narrative“ heißt das heute. „Es geht den meisten Politikern nicht mehr darum, Probleme zu lösen, sondern die Problemlösung zu behaupten. Der Schein triumphiert über das Sein.“[146]

Steingart nennt das den „wahren Populismus“.[147] Er sagt den Aufstand gegen die repräsentative Demokratie voraus: „Schemenhaft erkennen wir in allen gesellschaftlichen Bereichen die Umrisse einer post-repräsentativen Demokratie. Aus dem Nebel der Gegenwartsdebatten steigt ein Bürgertum auf, das aufgehört hat, nur seine Krücken zu modernisieren.“[148] Wir erleben eine „allgemeinen Führungslosigkeit“ in Politik und Wirtschaft, und erkennen einen „revolutionären Kern“.

Allerdings bleiben bei Steingart die Umrisse eines neuen „Bürgerstaats“ und einer besseren „Sozialen Volkswirtschaft“ schemenhaft. Als guter

---

[144] Handelsblatt, 12.04.2017, S. 6,
[145] Bis 2018 Herausgeber des Handelsblatts, der führenden deutschen Wirtschaftszeitung
[146] Gabor Steingart, Weltbeben, a. a. O., S. 186
[147] Gabor Steingart, Weltbeben, a. a. O., Kapitel 7. Populismus: Wie die Eliten unsere Welt fiktionalisieren und banalisieren, S. 167 ff.
[148] Gabor Steingart, Weltbeben, a. a. O., S. 203

Journalist durchschaut er die Lage. Er ist aber kein Stratege. Politische und wirtschaftliche Ziele, Konzeptionen und Modelle entwickelt er nicht. Genau dieser Aufgabe müssen sich Politiker stellen. Dafür sind sie da.

Wenn wir auf den Globus schauen, erkennen wir, dass nicht nur Europa und der Westen, sondern weite Teile des Erdballs ein Weltbeben und zerfallende Staaten[149] erleben. Es ist nicht der Aufstand der Dummen, nicht nur der Armen, sondern auch des Mittelstandes wie in den USA.[150]

Der bekannte Philosoph Peter Sloterdijk stellt dazu in der NZZ fest:

> „Oben hat sich eine neue Aristokratie breitgemacht, die aus staatlich geduldeten, quasimonopolistischen Halbunternehmern, führenden Managern staatsnaher Betriebe und höheren Staatsbediensteten besteht; unten lebt eine umsorgte Klientel Staatsabhängiger, die längst von einem leistungslosen Grundeinkommen profitieren, auch wenn es nicht so genannt wird; und dazwischen schuftet eine unternehmerisch erzogene Mittelklasse, die schwindende Gruppe der Nettosteuerzahler, die ohne alle Privilegien auskommt und die ihre Werte, Hoffnungen und Lebensträume gerade schwinden sieht.“ Die NZZ stellt zum Schluss dazu die Frage „Steht uns also das Ausbluten oder gar der Aufstand des Mittelstands bevor?“[151]

[149] Anschauliche Schilderung des zerfallenden Alt-Chinas: Jung Chang, Wilde Schwäne, Die Geschichte einer Familie, drei Frauen in China von der Kaiserzeit bis heute, München 1991

[150] Meine Tochter lebte 2020, z.Z. des knappen Wahlsiegs für Präsident Biden in den USA (Nashville). Sie erlebte in ihrem unmittelbaren, rein bürgerlichen Umfeld die weitverbreitete Sympathie und Unterstützung für Trump.

[151] NZZ [Neue Zürcher Zeitung], 09.02.2021